

L-1 Demokratie sichern, Diskriminierung bekämpfen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 21.03.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Demokratie stärken

1 Berlin: für viele die Stadt der Freiheit. Weltoffenheit, Vielfalt,
2 Selbstbestimmung – das
3 sind Versprechen unserer Stadt, wegen derer viele Menschen gerne herkommen, wegen
derer
Menschen gerne hier leben.

4 Es ist unser aller Aufgabe, dieses Versprechen zu schützen und einzulösen. Denn
5 zu Berliner
6 Realität gehört auch, dass viele Menschen sich in unserer Stadt nicht sicher
7 fühlen – weil
8 sie aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft oder ihrer Religion, aufgrund
9 äußerlicher
10 Merkmale oder einer Behinderung, aufgrund von sexueller Orientierung oder
11 geschlechtlicher
12 Identität diskriminiert, beleidigt und körperlich angegriffen werden. Rassismus,
13 Antisemitismus, Antifeminismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen
14 zu; immer
15 mehr rechtsextreme Gewalttaten verunsichern und bedrohen die Menschen in unserer
16 Stadt. Die
17 Polizei Berlin registrierte eine Zunahme rechtsextrem politisch motivierter
18 Delikte um 4,5%
auf 2981 im Jahr 2022. Das sind im Schnitt mehr als acht dokumentierte
rechtsextremistische
Straftaten pro Tag. Die Opferberatungsstelle ReachOut dokumentierte für dasselbe
Jahr 336
rechtsextreme, rassistische und antisemitische tätliche Angriffe in Berlin. Es
ist ganz
deutlich: die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von der extremen Rechten.
Und das
ist insbesondere für betroffene Menschen nicht neu. In unserer Gesellschaft ist
rassistisches, antisemitisches, antimuslimisches und antifeministisches
Gedankengut schon
sehr lange weit verbreitet und für viele Menschen eine reale und große Bedrohung.

19 Multiple Krisen verstärken die Verunsicherung bei vielen Menschen: die Folgen der
20 Coronazeit
21 waren noch nicht ausgestanden, als Russland seinen völkerrechtswidrigen
22 Angriffskrieg auf
23 die Ukraine startete, dessen Auswirkungen auch in Deutschland und Berlin deutlich
24 zu spüren
25 waren. Insbesondere die gestiegenen Lebenshaltungskosten waren und sind für viele
26 Berliner*innen eine Herausforderung. Und über all dem schwebt gleichzeitig die
27 Klimakrise,
die unser aller Lebensgrundlagen bedroht. Von alldem sind vulnerable Menschen und
Gruppen
besonders betroffen. Und dennoch liefern sich manche Parteien einen
populistischen
Überbietungswettbewerb und versuchen, die verletzlichsten Gruppen gegeneinander
auszuspielen, im Glauben, mit einfachen Versprechungen und Parolen Wähler*innen
zu gewinnen.

28 Das hilft den Rechtsextremist*innen, die versuchen, diese krisenbehaftete Zeit zu
29 nutzen, um
30 ihre Ideologie weiter zu verbreiten, gegen Minderheiten zu hetzen und die
31 Demokratie zu
32 destabilisieren. Doch komplexe Probleme können nicht mit einfachen Antworten
33 gelöst werden.
34 Es ist Aufgabe aller demokratischen Parteien, diesem Angriff auf unsere
35 freiheitlich-
demokratische Grundordnung etwas entgegenzusetzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft
und kann
und muss sich gegen Verfassungsfeinde verteidigen. Nicht umsonst haben die Mütter
und Väter
des Grundgesetzes die Möglichkeit eines Parteiverbots vorgesehen; zu eindrücklich
hatten sie
noch das Ende der Weimarer Republik vor Augen.

36 Wir suchen den Schulterschluss mit der engagierten Stadt- und Zivilgesellschaft,
37 die in
38 Initiativen, Vereinen und auf der Straße Haltung zeigt. Die breite Reaktion auf
39 die
40 Veröffentlichung der Correctiv-Recherche, die vielen Demonstrationen der letzten
41 Wochen und
42 Monate mit Millionen von Menschen haben gezeigt: dieses Land und diese Stadt
43 wollen nichts
44 von den Deportationsplänen der AfD und anderer Rechtsextremist*innen wissen und
45 zeigt
46 deutlich: Nie wieder ist jetzt! Viele Vereine, NGOs, zivilgesellschaftliche
47 Bündnisse und
48 Migrant*innenselbstorganisationen leisten hier seit Jahren eine wichtige und

49 hervorragende
50 Arbeit; sie weiter zu unterstützen ist essenziell und muss im Berliner
Landeshaushalt eine
Selbstverständlichkeit sein! Und unsere wehrhafte Demokratie ist nur dann
wirklich wehrhaft,
wenn diejenigen, die sie schützen, gut arbeiten können. Statt nur laut Law and
Order zu
schreien, muss der schwarz-rote Senat endlich Konzepte entwickeln, wie Prävention
und
Bekämpfung von Rechtsextremismus in unserer Stadt besser funktionieren kann! Der
Schutz der
Demokratie darf gerade in Zeiten wie diesen nicht finanziell unter die Räder
geraten. Auch
wenn Einsparungen im Landeshaushalt nötig werden, darf hier nicht der Rotstift
angesetzt
werden.

51 **Zivilgesellschaft: wichtiges Standbein der Demokratie**

52 Eine engagierte Zivilgesellschaft ist eine wichtige Partnerin beim Schutz der
53 Demokratie. Es
54 ist unsere Aufgabe, sie in ihrer Arbeit zu stärken. Deshalb begrüßen wir, dass
55 Bundesministerin Lisa Paus ein Demokratiefördergesetz vorgelegt hat. Mit diesem
56 Gesetz zur
57 Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung,
58 Extremismusprävention
59 und politischen Bildung soll der Bund den gesetzlichen Auftrag zur Förderung von
60 Demokratie
61 und zur Extremismusprävention bekommen und sich dem Kampf gegen Rassismus,
Extremismus und
Menschenfeindlichkeit verpflichten. Ziel des Demokratiefördergesetzes ist eine
verlässliche
und bedarfsorientierte Förderung von Projekten zur Stärkung von Demokratie und
gesellschaftlicher Vielfalt. Zivilgesellschaftliche Initiativen erhalten damit
für ihre
Arbeit mehr Planungssicherheit und eine langfristige Perspektive.

62 Um zivilgesellschaftliche Strukturen und Bündnisse in Berlin nachhaltig zu
63 stärken, braucht
64 es auch auf Landesebene ein Demokratiefördergesetz. Die bündnisgrüne Fraktion im
65 Abgeordnetenhaus hat mit der Vorlage ihres Demokratiestärkungspakets gezeigt, wo
66 der Fokus
67 liegen muss: Mit 16 Millionen Euro sollten damit in den Jahren 2024 und 2025
68 Maßnahmen im
69 Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und Queerfeindlichkeit
70 gebündelt

71 werden; der schwarz-rote Senat setzt im Rahmen des Doppelhaushalts allerdings die
72 falschen
73 Prioritäten. Die anhaltende Unsicherheit bei allen Initiativen, ob die im
74 Haushalt
ausgewiesenen finanziellen Mittel wirklich gezahlt werden oder doch wegen des
Sparzwangs
noch gestrichen werden, ist eine nicht hinnehmbare Situation und gefährdet auch
zunehmend
den Kampf für unsere Demokratie. Demokratiefördernde Projekte müssen gerade jetzt
ausreichend finanziert werden. Der Senat muss endlich Klarheit schaffen, wo er
sein
Milliardendefizit einsparen wird, und darf nicht länger die Initiativen dieser
Stadt am
ausgestreckten Arm verhungern lassen.

75 Viele Ehrenamtliche fühlen sich deshalb – nicht überraschend – von Schwarz-Rot im
76 Stich
77 gelassen. Gerade in einer Zeit, in der die Angriffe auf zivilgesellschaftliche
78 Projekte
79 zunehmen, in der Ehrenamtliche ihr Engagement nicht mehr angstfrei ausüben
80 können, ist das
81 genau das falsche Signal. Auch Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik, zum Beispiel
82 in den
83 BVVen, geraten zunehmend unter Druck. Journalist*innen und Künstler*innen sind
84 genauso im
85 Visier der Rechtsextremen wie demokratische Mandatsträger*innen. Hier sind alle
86 demokratischen Parteien gefordert, geschlossen zueinander zu stehen. Und der
Berliner Senat
ist in der Pflicht, dass niemand allein gelassen wird, der*die einem
rechtsextremen Angriff
zum Opfer gefallen ist oder von Rechtsextremen unter Druck gesetzt wird. Die
Anlaufstellen
für Opfer rechtsextremer Gewalt müssen deshalb dringend abgesichert und besser
ausgestattet
werden. Außerdem braucht es eine Stärkung der Aussteigerprogramme für Menschen,
die dem
rechtsextremen Milieu den Rücken kehren wollen.

87 **Die wehrhafte Demokratie verteidigen**

88 Es ist unsere Verantwortung, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel im Kampf
89 gegen
90 Verfassungsfeinde zu nutzen; wir fordern die Verfassungsorgane auf, ein AfD-
91 Verbotsverfahren
92 auf den Weg zu bringen. Der Berliner Senat sollte dies im Bundesrat anstoßen.
93 Dies ist und

94 bleibt ein entscheidendes Puzzlestück, um unsere Demokratie zu retten. Uns ist
95 jedoch auch
96 bewusst, dass sich rechtsextremer Gedankengut nicht auf Knopfdruck verbieten
97 lässt. Es
98 braucht ein Bündel von Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig wirken
99 müssen. Neben
100 einer resilienten Zivilgesellschaft und guter Bildung und Prävention braucht es
101 deshalb auch
102 deutliche Schritte in der Justiz, der Polizei und beim Verfassungsschutz.
Rechtsextremismus
im öffentlichen Dienst muss konsequent geahndet werden und in allen Verwaltungen
muss die
Entfernung rechtsextremer Beamt*innen aus dem Staatsdienst konsequent verfolgt
werden. Wir
wollen prüfen, ob eine Verschärfung des Disziplinarrechts nach dem Vorbild des
„Gesetzes zur
Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung“ auch für das
Land Berlin
geboten ist, sowie die Fristen verlängern für das Disziplinarmaßnahmenverbot und
Verwertungsgebot bei Verstößen gegen die beamtenrechtliche
Verfassungstreuepflicht und gegen
das politische Mäßigungsgebot.

103 **Keine Demokratiefeind*innen in der Berliner Justiz!**

104 Das Beispiel der rechtsextremer AfD-Politikerin Malsack-Winkemann, die als
105 ehemalige
106 Bundestagsabgeordnete einen gewalttätigen Umsturz plante, ist wohl das
107 bekannteste Beispiel
108 für Rechtsextreme im Richter*innenamt. Dass Menschen mit klar rechtsextremer
Grundhaltung in
Berlin Recht sprechen dürfen, wäre nicht hinnehmbar und insbesondere für
Menschen, die nicht
ins Weltbild der AfD passen, eine echte Bedrohung.

109 Zu einer starken, unabhängigen Justiz gehört, dass Richter*innen sich zur
110 freiheitlich
111 demokratischen Grundordnung bekennen. Die Neutralität und Unvoreingenommenheit
112 von
113 Richter*innen ist ein zentrales Prinzip unseres Rechtsstaats. In Berlin setzen
114 wir uns dafür
115 ein das Instrument der Richteranklage einzuführen, das es in anderen
116 Bundesländern schon
117 gibt. Dieses Instrument eröffnet dem Parlament die Möglichkeit, mit einem Antrag
an das
Bundesverfassungsgericht die Integrität eines Richters oder einer Richterin

überprüfen zu
lassen, wenn offensichtlich wird, dass er oder sie den Boden des Grundgesetzes
verlassen hat
und sich offen demokratiefeindlich verhält. Verfassungsfeind*innen haben an
Berliner
Gerichten nichts zu suchen!

118 Rechtsextreme haben in ihren Netzwerken offensiv aufgerufen, sich für das
119 Schöffenamts zu
120 bewerben und so das Justizsystem zu unterwandern. Auch hier braucht es klare
Regelungen, um
zu verhindern, dass Demokratiefeind*innen Recht sprechen.

121 **Eine demokratisch aufgestellte Polizei schützt den Rechtsstaat - auch in den
eigenen Reihen**

122 Die Sicherheitsbehörden sind ein unverzichtbarer Teil der Sicherheitsarchitektur.
123 Wenn die
124 Demokratie systematisch durch Bedrohung und Gewalt unter Druck gesetzt wird, sind
125 wir auf
126 handlungsfähige Behörden angewiesen, die die Gesellschaft, den Rechtsstaat und
127 seine
128 Institutionen schützen. Dabei stellen die politisch motivierte Gewalt im Bereich
129 Rechtsextremismus, die zunehmende Hasskriminalität, der erhöhte Sicherheitsbedarf
130 von
131 Politiker*innen und weiteren öffentlichen Personen auch für sie eine große
132 Herausforderung
133 dar. Als am 29. August 2020 Reichsbürger*innen und andere Rechtsextreme zusammen
134 mit einer
135 Mischung aus Querdenker*innen und Coronaleugner*innen den Reichstag stürmen
136 wollten, standen
137 ihnen im letzten Moment nur noch drei Polizisten gegenüber, die die Herzkammer
138 der
Demokratie verteidigten. Wenn Spitzenpolitiker*innen bedroht werden, so sind es
die
Personenschützer*innen von LKA und BKA, die dafür sorgen, dass die Betroffenen
dennoch
öffentliche Auftritte wahrnehmen können. Jeden Tag schützen Polizist*innen so –
und auf
vielfältige andere Art und Weise – unsere Demokratie. Für uns ist klar:
Polizist*innen sind
kein Einsatzmittel, sondern in erster Linie Menschen, die sich der Verteidigung
der
Demokratie verpflichtet haben - und oft genug setzen sie dabei ihr eigenes Leben
aufs Spiel.
Wir stärken all jenen den Rücken, die innerhalb und außerhalb der Behörde für

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintreten.

139 Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen, gute Ausstattung, den Abbau des
140 Sanierungsstaus
141 sowie eine moderne, diverse und diskriminierungskritische Polizei ein. Wir
142 schützen die
Sicherheitsbehörden vor politischer Vereinnahmung und den
Unterwanderungsversuchen
rechtsextremer Kräfte.

143 Der Schutz der Demokratie ist eine der wichtigsten Aufgaben, die es im
144 Staatsdienst zu
145 erfüllen gilt. Wir müssen diesen Beruf so attraktiv gestalten, dass sich
146 hochqualifizierte
147 Menschen weiterhin dafür entscheiden. Dazu gehören selbstverständlich gute
148 Arbeitsbedingungen und ein attraktives Arbeitsumfeld. Die Instandsetzung von
149 Polizeiwachen
150 ist deshalb kein nice to have, sondern elementar für die gute Arbeit der Polizei.
151 Die vielen
152 Überstunden, die die Polizei jedes Jahr ansammelt, dürfen nicht zum Normalzustand
153 werden.
Eine angemessene Work-Life-Balance und Familienfreundlichkeit machen den Beruf
deutlich
attraktiver und entsprechen dem Anspruch der heutigen Arbeitswelt. Wir erwarten
vom Senat
überdies, dass auch die seelische Gesundheit unserer Einsatzkräfte im Fokus
steht. Wir
setzen uns für die Einrichtung struktureller psychotherapeutischer Maßnahmen für
Polizist*innen nach traumatisierenden Einsätzen ein.

154 Die Berliner Polizeiausbildung hat in den letzten Jahren deutlich an Qualität
155 gewonnen.
156 Gerade in einer diversen Stadtgesellschaft wie der unseren, bleibt es zentral,
157 dass sie
158 diskriminierungskritisch und diversitätssensibel ausgestaltet ist. Neben einem
159 gesetzlichen
160 Verbot von Racial Profiling fordern wir die Einführung niedrighschwelliger und
unbürokratischer Nachweis- und Aufklärungspflichten (Kontrollquittung), so dass
jede*r weiß,
warum sie*er kontrolliert worden ist und die Implementierung von Community-
Policing-
Konzepten.

161 Für Spezialisierungen im Bereich des Staatsschutzes braucht es zudem einen
162 organisierten

163 Wissenstransfer. Das gilt auch bei der Auswahl und Besetzung von Leitungsstellen
164 im
165 polizeilichen Staatsschutz. Darüber hinaus muss er für den Phänomenbereich
Rechtsextremismus
sowie im Bereich der Hasskriminalität gestärkt werden. Zur besseren
Analysefähigkeit sollen
verstärkt Open Source Intelligence-Expert*innen zum Einsatz kommen.

166 Die Polizei als Behörde hat einen so hohen Stellenwert, da sie als ausführender
167 Arm des
168 Gewaltmonopols des Staates besondere Verantwortung trägt. Dies ist ein hohes
169 Privileg und
170 bringt große Macht mit sich. Dass in einem Rechtsstaat eine solche Übertragung
171 immer mit
172 einer intensiven Kontrolle einhergehen muss, ist für uns selbstverständlich.
173 Daher ist es
174 entscheidend, dass wir nicht die Augen davor verschließen, dass auch innerhalb
175 der Berliner
176 Polizei Rechtsextremismus auftritt. Dies anzuerkennen ermöglicht es, verloren
177 gegangenes
178 Vertrauen wiederherzustellen. Dafür braucht es auch strukturelle Änderungen.
179 Daher ist es
180 gut, dass es neben internen Beschwerdestrukturen mit dem Polizei- und
181 Bürgerbeauftragten nun
auch eine unabhängige Stelle gibt, die kontaktiert werden kann, wenn
Fehlverhalten zutage
tritt. Denn gerade im Falle der Polizei als ausführendem Arm des staatlichen
Gewaltmonopols
braucht es eine besondere Sensibilität für die Verantwortung und Vorbildwirkung
in der
Gesellschaft. Fehlverhalten muss aufgeklärt und nachgegangen werden und
Extremismus
entschieden entgegengetreten werden. Die Berliner Polizeistudie zeigt dabei
strukturelle
Maßnahmen auf, die dazu beitragen, einen demokratiestärkenden Kulturwandel
voranzutreiben
als auch den Anspruch eine modernen Hauptstadtpolizei in einer vielfältigen
Weltmetropole zu
festigen.

182 Dass die Verfolgung und Aufklärung von über 380 rechtsextremer Straftaten beim
183 Berliner LKA
184 jahrelang unbearbeitet blieben, darf sich nicht wiederholen. Die Polizei hat hier
185 eine
186 besondere Verantwortung, diese Verschleppung detailliert aufzuklären und mögliche
187 Zusammenhänge mit dem sogenannten Neukölln-Komplex zu untersuchen. Sie muss

außerdem
Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ein solches mutmaßlich
strukturelles Versagen
sich nicht wiederholt.

188 **Die Verfassung schützen – Gefahren für die Demokratie erkennen**

189 Die Rolle des Verfassungsschutzes wird zurecht kritisch betrachtet. Es ist kein
190 Geheimnis,
191 dass er nicht nur im Rahmen des NSU-Komplexes versagt hat. Die Fehler rund um den
192 Anschlag
193 am Breitscheidplatz, die rechtsextreme Anschlagsserie in Neukölln oder der Umgang
194 mit
195 Feindeslisten oder illegalen Datenweitergaben – all das belegt, dass der
196 Verfassungsschutz
197 in seiner jetzigen Form zu oft nicht funktioniert, die Aufgabe der Früherkennung
198 in Teilen
199 sogar behindert hat. Tatsächlich mehren sich die Vorfälle, bei denen die Nicht-
200 Weitergabe
201 von strafrechtlich relevanten Informationen durch den Verfassungsschutz und somit
der Schutz
von Tätern dazu geführt hat, dass noch schlimmere Straftaten stattfanden. Ob eine
so
grundlegende Reform möglich ist, um eine Behörde zu schaffen, die über jeden
Zweifel erhaben
ist, ist sehr fraglich. Deshalb fordern wir, eine Alternative für den
Verfassungsschutz zu
schaffen. Dem soll eine wissenschaftliche Untersuchung der Arbeitsweise des
Verfassungsschutzes vorausgehen, um Aufgaben, Prioritäten und Ressourcen der
aktuellen
Herausforderungen neu justieren zu können.

202 Gleichwohl befinden wir uns derzeit in der herausfordernden Situation, dass die
203 AfD den
204 Verfassungsschutz delegitimiert, weil er die Institution sein könnte, die
205 entscheidende
206 Belege für ihre Verfassungsfeindlichkeit liefern könnte. Der Berliner Senat steht
207 in der
208 Pflicht, die beim Verfassungsschutz vorliegenden Informationen in die Prüfung
eines
Parteiverbotsverfahren einfließen zu lassen. Dazu gehört auch sicherzustellen,
dass keine
Hinderungsgründe durch V-Leute, wie es beim ersten NPD-Verbotsverfahren der Fall
war,
bestehen.

209 **Rechtsextreme und kriminelle Strukturen aufdecken und austrocknen**

210 Durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur rechtsextremen
211 Anschlagsserie in
212 Neukölln zeigt sich: Es sind keine Einzelfälle. Rechtsextreme Netzwerke müssen
213 bei
Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften als solche erkannt, analysiert und
als
tatsächliche Gefahr anerkannt werden.

214 Um kurz- und mittelfristig Rechtsextremen die Möglichkeit zu nehmen, ihre
215 menschenverachtende Ideologie auch noch staatlich finanziert weiter zu
216 verbreiten, müssen
217 wir alle Mittel nutzen, um ihre Strukturen aufzulösen. So sind parallel zur
218 Prüfung des AfD-
219 Verbots Vereinsverbote beispielsweise gegen die Junge Alternative zu prüfen und
verfassungsfeindlich agierende Stiftungen und Vereine müssen von der öffentlichen
Finanzierung ausgeschlossen werden.

220 Bei der Finanzierung demokratiefeindlicher Bestrebungen sind Geldflüsse aus
221 illegalen und
222 kriminellen Quellen stärker in den Blick zu nehmen. Gleiches gilt für
223 ausländische Einflüsse
224 wie etwa Geldflüsse aus Russland, die überprüft und ausgetrocknet werden müssen;
Gewerbe,
die mit Rechtsextremen und anderen Verfassungsfeinden in Zusammenhang stehen,
müssen stärker
überprüft werden, auch um Geldwäsche zu verhindern.

225 Entscheidend ist auch die konsequente Entwaffnung von Demokratiefeind*innen. Es
226 muss das
227 Ziel sein, dass weder legale noch illegale Waffen in die Hände von
228 Rechtsextremist*innen
229 gelangen. Wir fordern dazu eine bundesrechtliche Verschärfung des Waffenrechts.
Außerdem
muss der Senat die notwendigen Kapazitäten in der Berliner Waffenbehörde zur
Durchführung
von Waffenkontrollen, Zuverlässigkeitsüberprüfungen und Erlaubniswiderrufe
schaffen.

230 **Abgeordnetenhaus und Verfassungsgericht resilienter machen**

231 Berlin ist eine weltoffene Stadt; die Möglichkeit, dass Verfassungsfeinde die
232 stärkste
233 Fraktion stellen, scheint hier und heute undenkbar. Dennoch muss das Parlament

234 auch bei
235 einem Erstarken rechtsextremer Kräfte handlungsfähig bleiben und die Wahl einer*s
236 demokratischen Parlamentspräsidenten*in sicherstellen. Anders als das Grundgesetz
237 sieht die
238 Landesverfassung bisher vor, dass die stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für
239 die*den
Präsidenten*in hat. Eine Änderung sollte dagegen das freie Mandat der
Abgeordneten in den
Vordergrund stellen. Auch die Leitung der konstituierenden Sitzung des Parlaments
sollte
nicht länger dem ältesten (so bisher die Geschäftsordnung des
Abgeordnetenhauses), sondern
wie im Bundestag dem Mitglied des Parlaments zufallen, das diesem am längsten
angehört.

240 In anderen Staaten können wir beobachten, wie Gerichte von rechtspopulistischen
241 und
242 rechtsextremen Kräften ausgehöhlt werden. Um die Unabhängigkeit des
243 Verfassungsgerichtshofs
244 zu sichern, sollten zentrale Regelungen in der Landesverfassung verankert werden:
245 In Berlin
246 ist die Amtszeit der Richter*innen, die Bindungskraft ihrer Entscheidungen und
247 die
248 Organisationshoheit des Gerichts bisher nur einfachgesetzlich geregelt. Auch die
Aufgaben
des Verfassungsgerichts sind bisher nur unvollständig in der Landesverfassung
geregelt – so
fehlt zum Beispiel die Wahlprüfung. Hier streben wir Verbesserungen an, um den
Berliner
Verfassungsgerichtshof gegen antidemokratische Kräfte abzusichern - dazu werden
wir mit den
demokratischen Parteien und Fraktionen ins Gespräch gehen.

249 **Straftaten auch im Netz konsequent verfolgen und Cybersecurity ernst nehmen**

250 Online-Hetze und -Mobbing, digitales Stalking, Doxing, Einschüchterung und das
251 Hacken von
252 Accounts nehmen stetig zu. Frauenhass, Sexismus, Rassismus und extremistische
253 Ideologien
sind häufige Ursachen für diese Taten. Unsere Gesellschaft und Demokratie stehen
folglich
auch online unter Druck.

254 Mitarbeitende in Sicherheitsbehörden benötigen die nötige Ausbildung, um unsere
255 Sicherheit

256 auch im digitalen Raum gewährleisten zu können. Mitarbeitende der
257 Strafverfolgungsbehörden
258 müssen entsprechend weitergebildet und sensibilisiert werden und es braucht eine
259 Stärkung
260 und engere Kooperation mit Betroffenenorganisationen wie zum Beispiel HateAid.
261 Außerdem
setzen wir uns für eine Anpassung des rechtlichen Rahmens in Bezug auf
Datenschutz und
Anerkennung von Hasskriminalität ein. Bereits fehlende Sensibilität beim Erfassen
von
Straftaten kann dazu führen, dass politische Motive nicht erkannt werden oder als
vermeintlich kleine Straftaten abgetan werden.

262 Digitale Gewalt bedroht besonders Frauen und Mädchen, LSBTIQ*, Schwarze Menschen
263 und People
264 of Color. Und auch Journalist*innen, ehrenamtlich politisch Aktive und
Aktivist*innen
geraten zunehmend unter Druck.

265 Diese digitale Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Dafür braucht es eine
266 Modernisierung
267 der Strafverfolgung zum Beispiel über den Ausbau der Möglichkeit zur digitalen
268 Anzeige, den
269 Aufbau einer Anlaufstelle, die nach dem erfolgreichen hessischen Vorbild "Hessen
gegen
Hetze" als Kompetenzzentrum und Koordinationsstelle dienen soll, sowie
Schwerpunktstaatsanwaltschaften.

270 Darüber hinaus braucht es eine Strategie gegen Desinformation. Irreführende,
271 falsche und
272 manipulative Informationen, Bilder und Videos sollen Menschen mit ihrer
273 Wahrnehmung und
274 Haltung und damit die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade mit den
gewachsenen
Möglichkeiten durch Künstliche Intelligenz stellt das eine massive Gefährdung für
unsere
Demokratie dar - insbesondere, wenn Wahlen so beeinflusst werden.

275 Fake News destabilisieren das Fundament der Demokratie. Ihnen müssen wir
276 entgegenwirken,
277 denn nur, wenn Bürger*innen sich unabhängig informieren können, können sie freie
278 Entscheidungen zum Beispiel im Rahmen demokratischer Wahlen treffen. Algorithmen
279 müssen
transparent sein, damit die Sichtbarkeit von Inhalten und die öffentliche
Meinungsbildung

nicht künstlich manipuliert wird.

280 Social Media Anbieter tragen hier eine hohe Verantwortung. Sie müssen
281 verpflichtet werden,
282 stärker tätig zu werden, wenn Hass und Hetze oder Falschinformationen auf ihren
283 Plattformen
284 verbreitet werden. Und es muss nachvollziehbar sein, wer auf diesen Netzwerken
285 unterwegs
ist; für jede Onlinebestellung gelten strengere Anforderungen an Integrität und
Authentizität als für Social Media Plattformen. Deshalb braucht es hier höhere
Standards und
bindende Regelungen für die großen Tech-Unternehmen in diesem Feld.

286 Wir fordern vom Senat massive Investitionen in digitale Aufklärung und
287 Medienkompetenz sowie
288 Verzahnung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen,
289 Technologieunternehmen
290 und Zivilgesellschaft, um Missbrauch über Bots so kleinteilig zu kontrollieren,
291 wie er
292 auftritt. Sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Kontext muss
293 Medienbildung eine
294 größere Rolle spielen - nur wenn junge Menschen früh lernen, Fake News und
295 Desinformation zu
296 erkennen, können sie als mündige Bürger*innen in der Demokratie freie
Entscheidungen
treffen. Für die Entwicklung und Implementierung von KI-Systemen, die Bots
erkennen und
bekämpfen, ist ein gezieltes Berliner Technologieförderprogramm notwendig. Der
Senat muss
eine kontinuierliche Revision und Anpassung der Gesetze auf allen Ebenen
sicherstellen, um
mit Technologie und Taktik der Manipulation Schritt zu halten und ihr besser
vorbeugen zu
können.

297 Die Bedrohung durch Cyberangriffe und Cybercrime wächst - sowohl durch Kriminelle
298 als auch
299 durch ausländische staatliche Akteure wie beispielsweise Russland. Der Berliner
300 Senat muss
301 die Integrität der digitalen Infrastruktur sicherstellen. Angriffe von Hackern
302 auf
303 öffentliche und private IT-Systeme müssen abgewehrt werden; die Daten der
304 Bürger*innen
305 müssen geschützt bleiben. Für das Worst Case Szenario eines erfolgreichen
306 Cyberangriffs gilt
307 es vorbereitet zu sein. Die Maxime ist, mutmaßliche Angriffe so schnell wie

308 möglich zu
309 erkennen, den Schaden so gering wie möglich zu halten und eine möglichst kurze
310 Wiederanlaufzeit der Systeme zu haben. Hierzu gehört, dass alle Berliner Behörden
311 entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen treffen und gängige IT-Sicherheits-Standards
312 einhalten.
313 Zudem sollen Cybersicherheitsübungen etabliert werden. Dabei hat der Schutz der
Bürger*innen
höchste Priorität. Für die Verwaltung und besonders die kritische Infrastruktur
(KRITIS) ist
die Bedrohung besonders groß: die erhebliche Reichweite und Auswirkung eines
Angriffs machen
sie zu einem besonders lohnenden Ziel und gleichzeitig sind die IT-Strukturen der
Verwaltung
in einem unzeitgemäßen Zustand. Es drohen der Verlust von sensiblen, persönlichen
Daten,
Identitätsdiebstähle, Spionage und der Zusammenbruch von Dienstleistungen. Damit
droht nicht
zuletzt auch ein massiver Vertrauensverlust der Bürger*innen in die Verwaltung
und damit in
den Staat und den staatlichen Schutz.

314 **Pressefreiheit stärken und den ÖRR schützen**

315 Nicht nur online steht die freie Presse unter Druck. Übergriffe auf
316 Journalist*innen haben
317 in den vergangenen Jahren zugenommen - wer von Querdenker*innen-Demos während der
318 Coronazeit
319 berichtet hat, musste damit rechnen, beleidigt oder gar körperlich attackiert zu
320 werden.
321 Diese Übergriffe sind eine ernsthafte Gefahr für unabhängige Berichterstattung
322 und insgesamt
323 für eine unabhängige Presse - und damit für unsere Demokratie; denn Demokratie
lebt von
unterschiedlichen Meinungen und einer freien Presse, die darüber berichtet, damit
Bürger*innen eine informierte Entscheidung treffen können. Deutschland ist
aufgrund dieser
Entwicklung im internationalen Pressefreiheit-Ranking von Reporter ohne Grenzen
auf Platz 21
abgerutscht. Nach Sachsen war Berlin das Bundesland, das am zweitstärksten
betroffen war.

324 Diese Entwicklung nehmen wir nicht hin. Pressevertreter*innen müssen frei und
325 unabhängig
326 ihren Job machen können. Übergriffe auf Demos müssen genauso konsequent bekämpft
werden wie
digitale Gewalt gegen Journalist*innen!

327 Zum Schutz der Unabhängigkeit des Journalismus gehört auch der Schutz des
328 öffentlich-
329 rechtlichen Rundfunks. Auch dieser steht zunehmend unter Druck von rechts außen.
330 Um ihn
besser zu schützen, sollte der Medienstaatsvertrag durch eine Zustimmungspflicht
des
Abgeordnetenhauses auch bei Kündigung von Staatsverträgen zusätzlich abgesichert
werden.

331 **Vertrauen in die Demokratie stärken, Bildung und Prävention ausbauen**

332 Politische Bildung spielt eine essenzielle Rolle dabei, das Vertrauen in die
333 demokratischen
334 Institutionen zu stärken. Dabei geht es nicht nur um Politik als eigenständiges
335 Schulfach,
336 sondern auch darum, wie Schüler*innen bereits im Schulkontext Demokratie erleben.
337 Schüler*innenvertretungen, die vom Lehrkörper ernst genommen werden, ein Begegnen
338 auf
339 Augenhöhe und echte Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule, die
340 Selbstwirksamkeit
341 erfahren lassen, sind dabei von unschätzbarem Wert. Beteiligungskonzepte sollten
342 in allen
Berliner Kitas konsequent umgesetzt werden; das hierfür notwendige Fachpersonal
muss zeitnah
ausgebildet, der Kind-Fachkraft-Schlüssel entsprechend angepasst werden. Denn
wenn Kinder
frühzeitig lernen, dass die eigene Stimme etwas zählt, sind sie später weniger
anfällig für
autokratische Strukturen und werden zu mündigen Bürger*innen, die die Demokratie
wertschätzen.

343 Die Landeszentrale für politische Bildung muss gestärkt werden, um ihrem
344 Bildungsauftrag
345 auch weiterhin gerecht werden zu können. Besonders für den Bereich der
346 Erwachsenen- und
außerschulischen Bildung braucht es noch mehr Materialien und Konzepte, um auch
die Menschen
zu erreichen, die nicht mehr zur Schule gehen.

347 Generell gilt es, alle direktdemokratischen Instrumente und den Einfluss der
348 Zivilgesellschaft zu stärken und so deutlich zu machen, dass jede Stimme zählt.
349 Dabei ist
350 aber entscheidend, dass die richtigen Instrumente zur richtigen Zeit eingesetzt
351 werden. Ein
352 Ja-Nein-Volksentscheid macht dann Sinne, wenn es in einem abgesteckten Rahmen
353

354 etwas zu
355 entscheiden gibt, Bürger*innenräte können bei grundsätzlichen Problemen komplexe
356 Lösungen
erarbeiten. Genauso dürfen Menschen- und Minderheitenrechte niemals Gegenstand
einer
Mehrheitsabstimmung sein. Einen Volksentscheid von oben lehnen wir ab, da er von
der
Regierung vor allem genutzt werden kann, um mit suggestiven und sehr offenen
Fragen ihren
Handlungsspielraum zu vergrößern, statt wirklichen Einfluss zu ermöglichen.
Stattdessen
sprechen wir uns für niedrigere Quoren für Widerspruchsvolksentscheide aus.

357 **Demokratie braucht Feminismus**

358 Die Rechte von Frauen, inter, nicht-binären, trans* und agender Personen (FINTA)
359 sind ein
360 Gradmesser der Demokratie, denn autokratische und diktatorische Regime
361 unterdrücken FINTA-
362 Rechte systematisch. Intersektionaler Queerfeminismus steht für Gerechtigkeit und
363 wo FINTA-
364 Rechte durchgesetzt werden, nutzt das der gesamten Gesellschaft und trägt zu mehr
365 Gleichberechtigung nicht nur zwischen den Geschlechtern bei. Deshalb setzen wir
366 uns
367 strukturell für mehr Gleichberechtigung ein: wir unterstützen die Arbeit der
Gleichstellungsbeauftragten und der Organisationen, die sich für Gleichstellung
einsetzen.
Wo FINTA selbstbestimmt leben, stärkt dies die Demokratie. Dazu gehört auch das
Recht, über
den eigenen Körper frei zu entscheiden. Das Recht auf Abtreibung gehört hier
genauso dazu,
wie die Entscheidung über die geschlechtliche Identität selbstbestimmt treffen zu
können.

368 Wir begrüßen den Vorstoß der Unabhängigen Beauftragten für Antidiskriminierung
369 des Bundes,
370 Ferda Ataman, zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf
371 Bundesebene –
es ist höchste Zeit, dass sexuelle Belästigung nach dem AGG auch im Zivilrecht
verboten wird
und etwa sexuelle Belästigungen im Fitness-Studio berücksichtigt werden.

372 Antifeminismus ist der gemeinsame Nenner und eine der tragenden Säulen des
373 Rechtsextremismus. Er schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergräbt
374 die

375 Demokratie. Es ist deshalb keine Überraschung, dass rechtsextreme Gruppen
376 Antifeminismus
377 gezielt verbreiten und ihn als Einflugschneise für autoritäre Ideologien nutzen.
378 Dabei geht
379 es vor allem um die Vorstellung, dass in einer sogenannten 'natürlichen Ordnung'
380 einer
binärgeschlechtlichen Welt Frauen Männern untergeordnet seien. Erschreckend ist,
wie weit
inzwischen antifeministische Einstellungen verbreitet sind und auf sozialen
Netzwerken wie
Tiktok an Reichweite gewinnen. Dem stellen wir uns klar entgegen – der Kampf für
FINTA-
Rechte ist der Kampf für unsere Demokratie!

381 **Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit stärken**

382 Wir haben in Deutschland mehrfach erlebt, was passiert, wenn rassistische
383 Denkmuster nicht
384 rechtzeitig erkannt werden oder wenn Menschen sich immer weiter radikalisieren.
385 Die Morde
386 des NSU, die Anschläge von Halle oder Hanau sind mit die schlimmsten, aber nicht
387 die
388 einzigen Beispiele dafür. Die Erinnerung an die Menschen, die von Rassist*innen
389 und
390 Antisemit*innen ermordet wurden, wach zu halten, ist unser aller Aufgabe. Wir
391 sind als Staat
392 und als Bürger*innen dazu verpflichtet, diese Taten und den Umgang der
393 Ermittlungsbehörden
und der Öffentlichkeit damit aufzuarbeiten und Konsequenzen zu ziehen.
Historisches Unrecht
müssen wir überdies nachhaltig kritisch erinnern. Erinnerungs- und Gedenkstätten
sowie
Museen, die sich mit den Gräueln des NS-Terrors auseinandersetzen, historische
und
antifaschistische Bildungsarbeit leisten, wollen wir stärken. Erinnerungsarbeit
bedeutet in
Berlin zudem, die Spuren der diversen Stadtgesellschaft in den Museen und im
öffentlichen
Raum abzubilden und die Stadtgeschichte multiperspektivisch und transnational zu
erzählen.

394 Das von uns initiierte gesamtstädtische Konzept für die Aufarbeitung und
395 Erinnerung der
396 deutschen Kolonialvergangenheit ist ein Meilenstein und muss fortgeführt und
397 verstetigt
398 werden. Der Prozess der Dekolonisierung ist auch ein Prozess zur Bekämpfung von

Rassismus

heute. Er kann dabei nur im engen Dialog mit den postmigrantisch-diasporischen Communitys

und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen Kolonien gelingen.

399 **Antidiskriminierungsstrukturen neu aufsetzen**

400 Von 2016 bis 2023 war Berlin mit der rot-grün-roten Koalition bundesweit

401 Vorreiterin für

402 eine progressive Antidiskriminierungspolitik. Das

403 Landesantidiskriminierungsgesetz und das

404 Landesprogramm Diversity sind dafür die bekanntesten Beispiele, die auch

405 deutschlandweit

eine Vorbildfunktion entwickelt haben. Diese Vorbildfunktion droht nun unter Schwarz-Rot

verspielt zu werden. Dagegen stemmen wir uns mit aller Kraft - gemeinsam mit der Zivilgesellschaft!

406 Stärkung der Demokratie bedeutet nicht nur, sich gegen rechtsextreme Tendenzen zu
407 stellen,

408 sondern die offene Gesellschaft für alle Menschen zu verteidigen, Diskriminierung
409 aktiv zu

410 bekämpfen und Diversität zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin eine
411 gesamtgesellschaftliche Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie entwickelt

412 – unter

413 konsequenter Einbindung von Wissenschaft und den zivilgesellschaftlichen

414 Akteur*innen. Dabei

415 müssen alle Formen von Diskriminierung – insbesondere in ihren institutionellen
416 und

417 strukturellen Dimensionen – Berücksichtigung finden. Gesellschaftliche
Handlungsfelder und

Institutionen sind kritisch zu analysieren und jeweils darauf bezogene
Antidiskriminierungs-

und Diversitätsmaßnahmen mit konkreten Bearbeitungs- und Umsetzungsempfehlungen
(weiter) zu

entwickeln. Ausgangspunkt hierfür muss dabei das bestehende

zivilgesellschaftliche Wissen

und die bestehende zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Diskriminierung sein.

Dabei ist

unsere Antidiskriminierungspolitik immer queerfeministisch und intersektional.

418 Für die Umsetzung der Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie braucht es
419 auf Landes-

420 wie Bezirksebene klare Zuständigkeiten in überfachlicher Verantwortung und

421 Zusammenarbeit,

422 die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und Finanzmittel und in der
Begleitung und
423 Evaluation ein unabhängiges Expert*innen-Monitoring. Auch in Zeiten knapper
424 Kassen muss
425 gelten: Maßnahmen gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung haben hohe
426 Priorität!

423 Zentral für eine Berliner Gesamtstrategie werden weiterhin das
424 Landesantidiskriminierungsgesetz und das Landesprogramm Diversity sein. Beides
425 sind
426 Erfolgsgeschichten aus grüner Feder. Wir wollen eine Evaluation und
427 Weiterentwicklung, damit
428 sie noch breiter Anwendung finden. Beim Landesantidiskriminierungsgesetz wollen
429 wir den
430 Schutzkreis durch die Aufnahme weiterer Diskriminierungsmerkmale erweitern und es
431 verbindlicher für die landeseigenen Unternehmen zur Anwendung bringen. Maßnahmen
432 des
433 Landesprogramm Diversity – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung
von
Ungleichbehandlung – wollen wir eine gesetzliche Grundlage geben. Die LADG-
Ombudsstelle muss
endlich personell gestärkt werden. Wir wollen, dass sie auch in der personellen
Ausstattung
als eigene Behörde nach dem Vorbild der Datenschutz- oder des Polizeibeauftragten
aufgestellt wird.

434 Wir stellen uns entschieden gegen jeden Antisemitismus, gegen alle Formen von
435 Rassismus und
436 Diskriminierung. Im Kampf gegen Diskriminierung gibt es weniger ein Erkenntnis-
437 als ein
438 Umsetzungsproblem. Wir wollen, dass das noch in der vergangenen Wahlperiode
439 beschlossene
440 „Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“
441 konsequent für
442 alle Bereiche angewandt wird – und wo Schutzlücken bestehen, diese konzeptionell
443 geschlossen
444 werden. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Bildung und Schule, Hochschule
445 sowie
446 Opferschutz und Prävention. Hier braucht es verlässliche Strukturen gegen
447 Diskriminierung,
448 die Antisemitismus besonders berücksichtigen. Die schwarz-rote Koalition verliert
449 sich hier
450 in Symboldebatten, statt die grundsätzliche Arbeit gegen Antisemitismus zu
451 stärken und
452 auszubauen. Trotz vollmundiger Ankündigungen hat die Koalition die
453 zivilgesellschaftlichen

Beratungs-, Anlauf- und Präventionsprojekte gegen Antisemitismus bislang im Regen stehen

lassen. Seit dem 7. Oktober 2023 leisten sie noch einmal vermehrt Beratung und Aufklärungsarbeit an Schulen oder beraten für von Antisemitismus Betroffene als Anlaufstellen, oftmals mit immensen Überstunden oder sogar unbezahlt. Sie benötigen dringend

eine Aufstockung ihrer Förderung, damit die erhebliche Mehrarbeit unterstützt und gewürdigt

wird. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot wollen wir im engen Austausch mit der

Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den Umgang mit sozialer

Ausgrenzung, Klassismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa im Zuge des Einsatzes

von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen auch den (psycho-

)sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch.

454 Bestimmte Formen der Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen haben bislang
455 zu wenig

456 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken durch Studien und den
457 Berlin

458 Monitor schließen – und zivilgesellschaftliche Empowerment- und
459 Beratungsstrukturen

460 einrichten. Dazu gehören asiatisch gelesene Menschen oder bisexuelle
461 Berliner*innen. Hinzu

462 kommen Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der
463 Aktionsplan zur

464 Einbeziehung ausländischer Rom*nja oder die Initiative geschlechtliche und
465 sexuelle Vielfalt

(IGSV). Wir erwarten vom Senat auch ein stärkeres und entschiedeneres Handeln gegen

Rassismus. Dazu fordern wir die zeitnahe Einsetzung eine*r Beauftragten gegen Antiziganismus

sowie die Schaffung der Stelle einer*eines Beauftragten gegen antimuslimischen sowie gegen

anti-Schwarzen Rassismus. Außerdem fordern wir die zeitnahe und senatsübergreifend

koordinierte Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expert*innenkommission Antimuslimischer

Rassismus, wie z.B. die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes.

466 Wir wollen die Antidiskriminierungsarbeit stärker horizontal ausrichten und
467 intersektional

468 um neue gesellschaftliche Handlungsfelder erweitern. Mit der Fachstelle gegen
469 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „FairMieten – FairWohnen“ haben wir

470 Bündnisgrüne dafür
471 in der letzten Wahlperiode ein Modellprojekt etabliert. Eine entsprechende
472 Forschungs-,
473 Dokumentations- und Beratungsstelle fordern wir nun auch für den Gesundheits- und
Pflegebereich, für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich und für den Bereich
der KI-
Anwendungen ein. Zudem muss endlich die zivilgesellschaftliche Forderung nach
Einrichtung
einer „Unabhängigen Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schule“ (UBS)
erfüllt werden.

474 Die Ziele der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ müssen auch über
475 2024 hinaus
476 verstetigt und umgesetzt werden. Wir fordern die Verlängerung des
477 Umsetzungszeitraums dieser
478 Dekade, die aufgrund von coronabedingten Einschränkungen nicht vollends
479 ausgeschöpft wurde.
Der Maßnahmenplan aus dem zivilgesellschaftlich getragenen Konsultationsprozess,
insbesondere die Einrichtung eines Studiengangs Black European Intersectional
Studies, muss
umgesetzt werden.

480 **Die Verteidigung der Demokratie: eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft!**

481 Wir wissen, um unser aller Demokratie zu verteidigen, braucht es ein Bündel von
482 Maßnahmen.
483 Jede*r von uns steht in der Pflicht, sich für unsere freiheitlich-demokratische
484 Grundordnung
485 einzusetzen: auf der Straße, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sportverein –
486 aber auch in
der Politik und der Verwaltung. Berlin ist eine weltoffene Stadt, die von der
Vielfalt der
Menschen lebt. Wir bekennen sich klar zu dieser Vielfalt und stellen uns
rechtsextremen
Strukturen entgegen. Nur ein sicheres Berlin für alle ist ein gerechtes Berlin.